

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdr.: Nachrichten Dresden, Postfach-Nr. 135, Postbezug-Nr. 25 241, Preis für Nachgel. 20 C11.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden,
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. 10. 24 bei 100. Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die 10 Spalten, 30 mm Dr., Zeile 30 C., ausw. 35 C. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Postbezug 10. Monat Oktober 3 C. 1/2. Einzelnummern 10 C. 1/2. Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die 10 Spalten, 30 mm Dr., Zeile 30 C., ausw. 35 C. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Postbezug 10. Monat Oktober 3 C. 1/2. Einzelnummern 10 C. 1/2. Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die 10 Spalten, 30 mm Dr., Zeile 30 C., ausw. 35 C. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Postbezug 10. Monat Oktober 3 C. 1/2. Einzelnummern 10 C. 1/2.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) - Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)
Kunstspiel-Flügel und Pianos
in höchster Vollendung,
sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüßlicher Solidität

Sturz der Regierung Macdonald.

Die Richtlinien der Deutschnationalen für die Regierung der Volksgemeinschaft.
Die Deutschnationalen erwarten nach wie vor die Erfüllung der früheren Zusicherungen.

Der liberale Antrag angenommen.

London, 8. Okt. (1,50 Uhr nachts). Die Regierung ist gestürzt worden. Nachdem der konservative Tadelantrag mit 359 gegen 198 Stimmen abgelehnt worden war, wurde der liberale Antrag, der eine Unterbrechung fordert, mit 364 gegen 198 Stimmen angenommen. (W. T. B.)

London, 8. Okt. Unterhaus. Der Ministerpräsident erklärte, daß wenn das Haus dem konservativen oder dem liberalen Antrag zustimmte, die Regierung gehen würde. Es würde das Ende einer Regierung sein, die dem Lande viel Ehre brachte, kurz darauf aber würde die Regierung wieder zum Amt kommen. (W. T. B.)

Die Unterhausitzung.

London, 8. Okt. Im Unterhause beendete der frühere unionistische Minister Sir Robert Horne vor vollendetem Ausbruch der Unterhausitzung die Regierung wegen dem Besondere des kommunikativen Wartes, Worfers Weckler, die Unterhausitzung, wenn die Ausführung der Weisung der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet werde, würde die Gerechtigkeit überhaupt verschwinden. Kein anderer Schlag könnte gegen die britische Antikommunikation geführt werden als der, daß der oberste Gerichtshof für Partei-

interessen benutzt werde, und der Vorwurf gegen die Regierung sei, daß sie derartige Dinge getan habe. Horne fuhr dann fort, die Haltung des Atornen-Generals Dakings zu kritisieren und sagte weiter, der Atornen-General habe erklärt, daß eine Beratung mit dem Staatsanwalt stattgefunden habe, bevor der letztere in der Sitzung des Gerichtshofes aufträte, daß die Anträge infolge gewisser Vorstellungen fallen gelassen worden sei.

Dakings erwiderte, er würde nicht anders handeln, wenn er morgen über einen ähnlichen Fall zu entscheiden hätte. Nachdem die Strafverfolgung begonnen habe, habe ihn das Parlament Mitglied Maxton darüber unterrichtet, was für außerordentliche Leistungen während des Krieges Campbell aufzuweisen habe, und von welcher hervorragenden Charakter er sei. Macdonald habe die Ansicht geäußert, daß die Strafverfolgung niemals hätte eingeleitet werden dürfen.

Der liberale Führer Sir John Simon, der nach der Rede Dakings den liberalen Abänderungsantrag einbrachte, erklärte, eine Unterbrechung sei notwendig, um zu entscheiden, bis zu welchem Maße die politischen Vorlieben des Atornen-Generals (nämlich das Kabinett) einen Versuch machten, um seine Aufsätze zu beeinflussen. Vor der Debatte entschuldigte sich Macdonald wegen seines Dementis, daß der Fall des Worfers Weckler von dem Kabinett beiproben worden wäre. Er sagte, er hätte in der Debatte verweigert, daß die Frage offiziell beiproben worden wäre. Diese Beiprobung habe sich aber nicht um persönliche Erwägungen gelehrt.

Der Kulturkampf in Elsaß-Lothringen.

„... besser, wir hätten Elsaß-Lothringen nicht zurückgehalten.“
Als an jenem für Deutschland so schmähvollen 21. Oktober 1871 der „allerchristlichste“ König Ludwig XIV. in dem geschlossenen Straßburg einzog und sich von seinen und seinen Ratsherren buldigen ließ, erklärte der Bischof Franz Egon von Fülstenberg: „So kann ich wohl mit dem alten Simeon sagen, daß ich nunmehr das Ende meiner Tage in Friede und Freude erwarte.“ Was war geschehen? Straßburg, die wunderschöne Stadt war verloren, Elsaß-Lothringen zwar französisch geworden und der Rhein im Begriffe, Deutschlands Grenze hat Deutschlands Strom zu werden; aber was was alles auf gegen die eine Tatsache, daß das Münster an die Katholiken zurückgegeben worden war? War Frankreichs Sieg zugleich auch der Roms, dann mußte Ludwig, der in jenen Jahren noch alles andere als der widerliche Förderer der späteren Regierung war, seine Fahnen nur immer weiter nach Osten tragen, — der Papst sah über den blutigen Strömen zahlloser Kriege nur ein Ziel: zurückzuerobern, was er nördlich der Alpen durch die Reformation verloren hatte.

1871 gewann Deutschland seine alten Provinzen zurück; das protestantische Kaiserium trat die Nachfolge des keltisch stark beeinflussten Napoleon III. an, und als darauf sehr bald der Kulturkampf entbrannte, zeigte sich klar, daß die französische Niederlage zugleich auch eine solche des Vatikan gewesen war. So hatte der elsaß-lothringische Separatismus vor dem Kriege ein doppeltes Gesicht: Neben der inneren nationalen Zwiespältigkeit, die Grenzbevölkerung eigen ist, und den schlechten Regierungsmaßnahmen hinsichtlich der Wirtschaft und der Anwesenheit von fremden Vorkanzleren waren es vor allem die Klerikalen, die eine arundbüßliche Aenderung in der politischen Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens herbeiwünschten. Sie hofften dadurch zwei Anliegen mit einer Klappe zu schlagen: hier die Vormachtstellung des protestantischen Kaiseriums zu schwächen und in Frankreich die Stellung der katholischen Kirche beträchtlich zu stärken.

Diese war inzwischen der nachdrücklichsten Unterbrechung recht bedürftig geworden, seitdem durch das Trennungsgesetz vom 11. Dezember 1905 nach erbitterten Kämpfen zwischen Staat und Kirche ein endgültiger Strich gezogen worden war. Rom hatte einen furchtbaren Schlag erhalten, den zu parieren Pius X. freilich in einer Enzyklika vom Februar 1906 anfündigte, der aber zunächst mit allen seinen Folgen getragen werden mußte. Ein großer Teil des Kirchenvermögens verschwand dem Staat, während die Kirche die Ausbildung und Befoldung ihrer Priester selbst übernehmen mußte; alle geistlichen Orden wurden verboten und die wirtschaftlich gebräuchliche Lage der Landpfarrer ließ den Nachwuchs an jungen Geistlichen allmählich um die Hälfte sinken. So lag eine „Rückkehr“ Elsaß-Lothringens in die Arme Frankreichs durchaus im Interesse der katholischen Idee, und es war kein Zufall, daß das Haupt der antideutschen Propaganda in den Reichsländern der Abbé Wetterlé war. Der Einfluss der katholischen Bevölkerung auf die elsaßische und noch mehr die lothringische Bevölkerung war außerordentlich stark und erstreckte sich — leider — des ungelächerten Schutzes der deutschen Behörden auch dort, wo er ganz offensichtlich im profranzösischen Sinne wirkte.

Als nun im November 1918 wirklich das Unbegreifliche Tatsache wurde, als die Trifolore von Straßburger Mäntel wehte und Poincaré unter Hinweis auf die ihn umstehende Menge auszurufen wachte: „Le dieu est fait — Die Volkswahl ist vollzogen!“ da fanden diese Worte nicht nur unter den Chauvinisten begeisterte Zustimmung, sondern auch die Mäntel ließen sich zufrieden die Hände: Als Gegenmaßnahme für ihre Förderung des französischen Nationalismus legte ihnen Clemenceau die Unantastbarkeit des Konfessionsrechts von 1891 in den Schoß, durch die die wiedergewonnenen Provinzen eine einzigartige Stellung in kultureller Hinsicht einnahmen, eine Stellung, die auch in wirtschaftlicher Beziehung durch die zunächst auf fünf Jahre berechnete zollfreie Ausfuhr von Waren nach Deutschland vor der der übrigen Provinzen ausgezeichnet wurde.

So war für Rom eine Plattform geschaffen worden, von der aus es die Wiedereroberung Frankreichs, die es schon im Jahre 1900 angekündigt hatte, mit ermutigender Aussicht auf Erfolg unternehmen konnte. Denn ganz so rigoros, wie unter dem Ministerium Combes war man im weiteren Verlauf der Entwicklung gegen die Kirche doch nicht vorgefahren.

Das Ergebnis der Fraktionsitzungen.

Drei Forderungen der Deutschnationalen.

Darstellung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 8. Okt. Die Richtlinien der Reichstagsfraktion sind nach der Ansicht parlamentarischer Kreise wenig geeignet, irgendwie zu zeigen, wie sich denn eigentlich der Reichstagsfraktion die Erweiterung der Regierung in dem von ihm vertretenen Sinne denkt, da diese Richtlinien im Grunde genommen ja nicht weiter als Selbstverständlichkeiten darstellen. Bereits vor dem Zusammentritt der deutschnationalen Fraktion wurde bekannt, daß die Deutschnationalen das unerlöste Hin und Her zwischen den Beteiligten eindämmen und die Anwesenheit mit einem Aus vorwärtsbringen wollten.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion, die heute nachmittag um 5 Uhr zusammentrat, a-b nunmehr nach Schluß ihrer Sitzung, die erst um 10 Uhr beendet war, folgenden Beschlüsse bekannt:

Der Vorschlag des Herrn Reichstagsfraktion entspricht weder den Forderungen der Deutschnationalen, noch den ausgebenen Zusicherungen, deren Erfüllung wir nach wie vor erwarten. Nachdem indessen der Herr Reichstagsfraktion den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund gestellt hat, erklären wir, daß gerade auch die deutschnationale Fraktion hierzu für die Volksgemeinschaft eingetreten ist. Wir verweisen darunter eine Gewinnungsgemeinschaft, die in der Zusammenfassung aller antichristlichen, nationalen und sozialen Bodentendenzen Volksgemeinschaft und soziale Bodenbestehen darstellen. Demnach setzen wir voraus, daß Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß alle an der vorangehenden Volksgemeinschaft beteiligten Parteien sich an folgenden Zielen bekennen:

- 1. Christliche Jugenderziehung und christliche Kultur als Grundlage des Staatslebens.
- 2. Unter Ablehnung des die Volksgemeinschaft verbindenden Klassenkampfes und unter Sicherung der Kooperationsfreiheit die Bekämpfung jedes den Arbeitsfrieden bedrohenden Terrors und die Förderung der Arbeitsgemeinschaft bei voller Wahrung der sozialen und politischen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer.
- 3. Anerkennung und weitere amtliche Verfolgung der Regierungserklärung vom 29. August über die Nichtschuld Deutschlands am Kriege.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion billigt das bisherige Verhalten ihrer Unterhändler und ermächtigt sie, in Erneuerung des am 29. September erteilten Auftrags zu weiteren Verhandlungen über die Regierungsabklärung an der Hand der vorgelegten, im einzelnen noch zu erörternden Richtlinien.

Die Billigung der Haltung der Unterhändler in der Fraktion erfolgte einstimmig. Die Entscheidung wurde fast einstimmig angenommen. Nur wenige Stimmen waren wegen einzelner Formulierungen abweichend.

Die Volkspartei drängt auf Beilehnung.

Berlin, 8. Okt. Die Deutsche Volkspartei gab um 8 Uhr folgende Entschließung ihrer Reichstagsfraktion bekannt:

„Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungserweiterung ist bekannt. Er hat sich nicht geändert. Die Richtlinien der Reichsregierung erkennen die Fraktion als eine brauchbare Grundlage für Kooperationsverhandlungen an. Sie billigt einstimmig das Verhalten ihrer Unterhändler und erachtet sie, auf eine beilehnende Lösung der Frage der Regierungserweiterung hinzuwirken.“ (W. T. B.)

Die Demokraten für die bisherige Koalition.

Berlin, 8. Okt. Die Fraktionsitzung der Demokraten ergab folgende Entschließung:

„Die Fraktion der deutschdemokratischen Partei hält eine Aenderung der Regierung in der jetztigen politischen Lage nicht für erwünscht. Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet ist, und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordern zurzeit die Vermeidung einer Regierungskrise. Sollte eine Aenderung der Zusammenfassung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir gemäß dem Vorschlag des Kanzlers einer nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht verweigern.“ (W. T. B.)

Die Sozialisten billigen die unehrliche Taktik.

Berlin, 8. Okt. Gegen Mittag versammelte sich im Reichstag der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion, um die Fraktionsitzung vorzubereiten, die um 2 1/2 Uhr beginnen sollte. Der Vorstand billigte das Verhalten der Unterhändler bei ihren Verhandlungen mit dem Reichstagsfraktion Marx und beschloß, der Fraktionsitzung vorzuschlagen, daß die von den Unterhändlern eingeschlagene Taktik auch weiterhin verfolgt werden soll. Die Fraktion tritt, falls nicht die Volksgemeinschaft zustande kommt, für die Auflösung des Reichstages ein und bekämpft auf das energischste die Bildung eines Bürokrats.

Neue Kanzlerverhandlungen.

Berlin, 8. Okt. Reichstagsfraktion Marx hat die Führer der Regierungsparteien zu einer Besprechung auf Donnerstag vormittag 10 Uhr geladen, um mit ihnen die Ergebnisse der Fraktionsberatungen zu erörtern. Am Donnerstag tritt die Fraktionsfraktion wieder zusammen, ebenfalls die Demokraten und die Deutsche Volkspartei. An parlamentarischen Kreisen der Mitte stand man immer noch, daß Reichstagsfraktion im gegenwärtigen Augenblick vermeiden werden könnten. Sollte das nicht möglich sein, so hält man an eine Verbindung neuer Reichstagsfraktion mit den übrigen bestehenden Wahlen zum preussischen Landtag für möglich. Die Wahlen im Preussen würden ohne weiteres im nächsten März 1925 erfolgen. Es behände daher die Wahlen, einige Wochen vorher, etwa Mitte Januar 1925, die Reichstagsfraktion und die Preussenwahlen gemeinsam stattfinden zu lassen.